

Maskenball exposed!

09.05.2021

.

U P D A T E 10.05.2021

Merkel hat Post bekommen! <https://t.me/DiscipleOfDoom/543>

NATÜRLICHES UND GEMEINSAMES RECHT FÜR ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT
UND GERECHTIGKEIT

www.Peaceinspace.org

Angela Merkel

Bundeskanzler der Bundesregierung

BESTELLEN, ZU VERLASSEN & ZU VERLASSEN

Notverfügung

Sofortige Einstellung aller „COVID VACCINATIONS“ (GENETISCHE BIOWARFARE) in Ihrer Gerichtsbarkeit als Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach Naturrecht, Gewohnheitsrecht, Artikel 6 und 7 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs 1, der Nürnberger Kodex 2, die Genfer Konventionen 3, die Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen 4, Erklärung der Vereinten Nationen zu den Rechten indigener Völker 5, das endgültige Urteil des Natur- und Gewohnheitsgerichts für öffentliche Gesundheit und Justiz in www.Peaceinspace.org 6 .

CEASE UND DESIST jegliche Versuche, die im Widerspruch zu den oben genannten unumstößlichen Mandaten des Völkerrechts und von www.Peaceinspace.org Endgültiges Urteil des Tribunals zur Verabreichung von Pandemiemaßnahmen gegen Genozidtechnologien wie COVID-Impfungen, COVID-PCR-Tests, COVID-Methoden zur sozialen Kontrolle wie Maskierung, Sperren, Quarantänen und / oder Überwachung, Belästigung, Inhaftierung, Festnahmen, Zwangsvollstreckung mit geimpften Personen, oder andere

Mittel, um diese Person daran zu hindern, ihre Arbeit und ihre täglichen Lebensfunktionen auszuüben.

Sie werden hiermit angewiesen, die Verteilung und Verwendung von „COVID VACCINATIONS“ (GENETIC BIOWARFARE) und PCR-Tests in Ihrer Gerichtsbarkeit als Grund für Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Ihrer Gerichtsbarkeit zu unterlassen und unverzüglich einzustellen.

DURCHSETZUNG DES VERBOTS DER NOTFALLINJUNKTION „COVID VACCINATION“ [GENETISCHE BIOWARFARE]

Beklagte, 29. November 2020 Urteil der Peaceinspace.org Tribunal in Bezug auf Genozid-Technologien Pandemie gegen die Anklage: Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Impfung Pandemie-Täter, einschließlich und nicht beschränkt auf

Hier weiter lesen: <https://t.me/DiscipleOfDoom/543>

April 2021

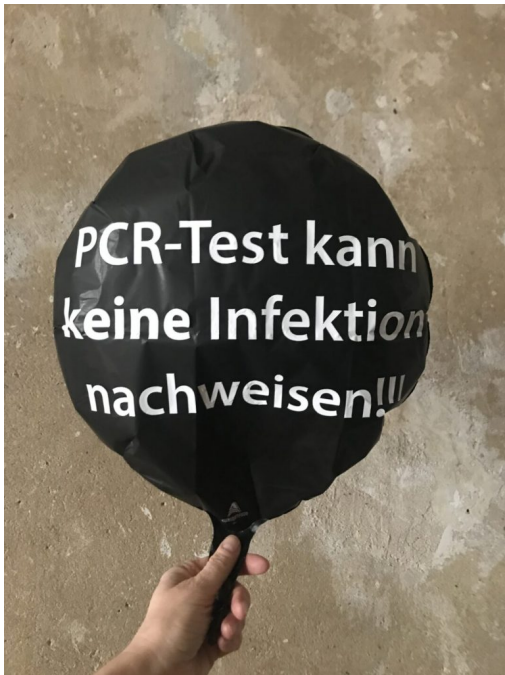
Wie das Folgende ausgegangen ist wissen wir ja alle!

!!☐Endlich – das absolute Highlight des Monats! Während die Verwaltungsgerichte bislang abblocken und wir mit denselben Argumenten dort bislang verloren haben, trifft ein Familiengericht (erneut in Weimar) eine langersehnte und richtige Entscheidung – dieser Beschluss wird Grundlage für alle weiteren Klagen sein, wir bleiben dran und kämpfen weiter !!☐

Eure Beate Bahner

Am 8. April 2021 hat das Familiengericht Weimar in einem Eilverfahren (Az.: 9 F 148/21) beschlossen, dass es zwei Weimarer Schulen mit sofortiger Wirkung verboten ist, den

Schülerinnen und Schüler vorzuschreiben, Mund-Nasen-Bedeckungen aller Art (insbesondere qualifizierte Masken wie FFP2-Masken) zu tragen, AHA-Mindestabstände einzuhalten und/oder an SARS-CoV-2-Schnelltests teilzunehmen. Zugleich hat das Gericht bestimmt, dass der Präsenzunterricht aufrechtzuerhalten ist ([Urteil im Volltext](#) inklusive dreier Sachverständigengutachten).



Erstmalig ist nun vor einem deutschen Gericht Beweis erhoben worden hinsichtlich der wissenschaftlichen Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit der verordneten Anti-Corona-Massnahmen. Als Gutachter waren die Hygieneärztin Prof. Dr. med Ines Kappstein, der Psychologe Prof. Dr. Christof Kuhbandner und die Biologin Prof. Dr. rer. biol. hum. Ulrike Kämmerer gehört worden.

Bei dem Gerichtsverfahren handelt es sich um ein sogenanntes Kinderschutzverfahren gem. § 1666 Abs. 1 und 4 BGB, das eine Mutter für ihre zwei Söhne im Alter von 14 bzw. 8 Jahren beim Amtsgericht – Familiengericht – angeregt hatte. Sie hatte argumentiert, ihre Kinder würden physisch, psychisch und pädagogisch geschädigt, ohne dass dem ein Nutzen für die Kinder oder Dritte gegenüberstehe. Dadurch würden zugleich zahlreiche Rechte der Kinder und ihrer Eltern aus Gesetz,



- 1. Der fehlende Nutzen des Maskentragens und des Einhaltens von Abstandsvorschriften für die Kinder selbst und Dritte**
- 2. Die Ungeeignetheit von PCR-Tests und Schnelltests zur Messung des Infektionsgeschehens**
- 3. Die Verletzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung durch Schnelltests in den Schulen**
- 4. Das Recht der Kinder auf Bildung und Schulunterricht**
- 5. Ergebnis**

Der Richter faßt seine Entscheidung wie folgt zusammen:

“Der den Schulkindern auferlegte Zwang, Masken zu tragen und Abstände untereinander und zu dritten Personen zu halten, schädigt die Kinder physisch, psychisch, pädagogisch und in ihrer psychosozialen Entwicklung, ohne dass dem mehr als ein allenfalls marginaler Nutzen für die Kinder selbst oder Dritte gegenübersteht. Schulen spielen keine wesentliche Rolle im „Pandemie“-Geschehen.

Die verwendeten PCR-Tests und Schnelltests sind für sich allein prinzipiell und schon im Ansatz nicht geeignet, eine „Infektion“ mit dem Virus SARS-CoV-2 festzustellen. Das ergibt sich nach den Darlegungen in den Gutachten bereits aus den eigenen Berechnungen des Robert-Koch-Instituts. Laut RKI-Berechnungen, wie Gutachter Prof. Dr. Kuhbandner ausführt, beträgt bei Massentestungen mit Schnelltests unabhängig von Symptomen die Wahrscheinlichkeit, beim Erhalt eines positiven

Ergebnisses tatsächlich infiziert zu sein, bei einer Inzidenz von 50 (Testspezifität 80%, Testsensitivität 98%) nur zwei Prozent. Das würde heißen: Auf zwei echt-positive Schnelltest-Ergebnisse kämen 98 falsch-positive Schnelltest-Ergebnisse, welche man dann alle mit einem PCR-Test nachtesten müsste.

Ein (regelmäßiger) Zwang zum anlasslosen Massentesten an Asymptomatischen, also Gesunden, für das schon die medizinische Indikation fehlt, kann nicht auferlegt werden, weil er außer Verhältnis zu dem Effekt steht, der damit erreicht werden kann. Zugleich setzt der regelmäßige Zwang zum Test die Kinder psychisch unter Druck, weil so ihre Schulfähigkeit ständig auf den Prüfstand gestellt wird."

Abschliessend merkt der Richter an: "Ausgehend von Erhebungen in Österreich, wo in Grundschulen keine Masken getragen werden, aber dreimal pro Woche flächendeckend Schnelltests vorgenommen werden, ergibt sich nach den Darlegungen des Gutachters Prof. Dr. Kuhbandner:

100.000 Grundschüler müssten eine Woche lang sämtliche Nebenwirkungen des Maskentragens in Kauf nehmen, um nur eine einzige Ansteckung pro Woche zu verhindern.

Dieses Ergebnis nur als unverhältnismäßig zu bezeichnen, wäre eine völlig unzureichende Beschreibung. Vielmehr zeigt sich, dass der diesen Bereich regulierende Landesverordnungsgeber in eine Tatsachenferne geraten ist, die historisch anmutende Ausmaße angenommen hat."

[1]

<https://2020news.de/sensationsurteil-aus-weimar-keine-masken-k-ein-abstand-keine-tests-mehr-fuer-schueler/>

[2] <https://www.who.int/news/item/20-01-2021-who-information>

[3]

https://www.who.int/bulletin/online_first/BLT.20.265892.pdf

https://youtu.be/Ym-FJqT_pe0

Egal, was die Gerichtsentscheidung ist und ob sie haelte. Sie hat eine Auswirkung, die nicht wegzukriegen ist:

Ab sofort handelt JEDER Lehrer mit VORSATZ.

Ab jetzt weiss jeder Lehrer, dass sein Tun als Unrecht gewertet werden KANN.

Sie berufen auf „Ich wusste doch nicht, dass...“ geht nicht mehr. Aus, vorbei.